

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Umfassende Reaktion auf die Zeitenwende

GABRIELA HEINRICH:

Zynismus der Taliban gegenüber Frauen in Not

CARSTEN TRÄGER:

Auch Bayern braucht endlich eine bessere Regierung

JAN PLOBNER:

SED-Unrecht besser und ehrlicher anerkennen

MARTINA STAMM-FIBICH:

Kardiovaskuläre Ereignisse häufigste Todesursache

Umfassende Reaktion auf die Zeitenwende

Als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag befasst sich die SPD-Fraktion umfassend mit dem russischen Angriffskrieg. Eine hochrangig besetzte Veranstaltung im Fraktionssaal hat das wieder eindrucksvoll gezeigt.

Ungefähr 400 Gäste aus Politik und Zivilgesellschaft analysierten vergangenen Montagabend die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine: Reaktionen der Politik, veränderte Strategien in der internationalen Politik sowie die Notwendigkeit, die Politikfelder noch besser ineinandergreifen zu lassen, wurden diskutiert.

Der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich hat auf den Punkt gebracht: „Dieser Krieg betrifft uns alle. Er bedroht unsere auf gemeinsamen Regeln beruhende internationale Ordnung, wie auch die Weltwirtschaft und globale Nahrungsmittelversorgung.“ Und wir haben auf diese umfassende Bedrohung reagiert. Wir helfen der Ukraine, wo wir können. Auch, aber nicht nur mit Waffen. Wir haben gelernt: Demokratie muss sich selbst verteidigen können und ertüchtigen daher die Bundeswehr. Die EU hat nie dagewesene Sanktionen gegen den Aggressor verhängt. Massive Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger sind auf den Weg gebracht worden. Denn

innere und äußere Sicherheit müssen viel mehr als früher zusammengedacht werden.

Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius weiß das nur allzu gut. Er hat Entwicklungsministerin Svenja

lungs- und Schwellenländer endgültig Russland und China zuwenden. Mit dem klaren Blick auf das Verbindende, und nicht auf das Trennende. Entwicklungspolitik, insbesondere feministische Entwicklungspolitik ist mehr als Wirtschafts- und Klimapolitik: aktive Diplomatie und Friedenspolitik.

So umfassend die SPD-Fraktion die Zeitenwende denkt, so schwierig ist ein Ausblick. Niemand weiß, wie lange der Krieg noch dauert. Niemand weiß, wie begehrt Putin auf Georgien und Moldau schaut. Niemand weiß, wie es in den USA nach den nächsten Präsidentschaftswahlen um die Ukraine-Hilfen und die NATO bestellt sein wird. Und dennoch müssen wir jetzt schon

die Nachkriegszeit vordenken. Der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, die Bestrafung der Täter, Aufarbeitung des Konflikts und womöglich sogar Versöhnung zwischen der Ukraine und Russland für einen nachhaltigen Frieden werden uns sehr intensiv beschäftigen.



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich und der neue Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius auf der Zeitenwende-Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion.

Schulze (beide waren am Montag da) zugestimmt, dass – bedingt durch die Zeitenwende – jetzt auch der Globale Süden noch mehr in den Fokus rücken muss. Wir müssen den dortigen Ländern noch bessere Angebote machen: Mit nachhaltigen Partnerschaften verhindern wir, dass sich Entwick-



Zynismus der Taliban gegenüber Frauen in Not

Wenn es nach den Taliban geht, hungern Frauen und leiden an Krankheiten. Denn das Regime will die afghanischen Frauen von der humanitären Hilfe im Land abschneiden. Die internationale Gemeinschaft ist in einer Zwickmühle.

Eines gleich vorweg: Humanitäre Hilfe muss sich ausnahmslos nach den humanitären Prinzipien richten: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität. Sonst ist sie keine humanitäre Hilfe, sondern ein Zuschuss, eine Förderung oder Ähnliches.

In Afghanistan werden die Menschenrechte von Frauen und Mädchen systematisch verletzt. Sie sind aus dem öffentlichen Leben verbannt, aus Schulen und Universitäten. Das ist die frauenverachtende „Politik“ der Taliban. In Afghanistan sind zudem Hunger und mangelnde medizinische Versorgung an der Tagesordnung. Die Wirtschaft liegt am Boden, Dürren plagten das Land, es gibt Schätzungen, dass 97 Prozent der Afghaninnen und Afghanen unterhalb der Armutsgrenze leben.

Und spätestens hier wird es wirklich zynisch: Normalerweise können internationale humanitäre Organisationen die Not zum Teil lindern. Aber die Taliban haben einerseits festgelegt, dass afghanische Frauen keine Hilfe von fremden Männern annehmen dürfen. Und sie sagen, dass nur noch Männer humanitäre Hilfe leisten dürfen. Das afghanische Regime verletzt damit die humanitären Prinzipien:

- **Menschlichkeit:** Nicht mehr allen Menschen in Not wird geholfen, denn Frauen werden durch die Hilfe nicht mehr erreicht.
- **Überparteilichkeit:** Hilfe wird nicht mehr allein nach dem humanitären Bedarf geleistet, weil sie vom Geschlecht abhängt.
- **Unabhängigkeit:** Die humanitären Organisationen können ihre Arbeit nicht mehr nach eigenem Ermessen machen.

„Humanitäre Hilfe nur für Männer gibt es nicht und darf es nicht geben.“

Ich habe das Beschäftigungsverbot von Frauen bei den Hilfsorganisationen öffentlich als „Ausdruck einer zynischen Missachtung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung durch die Taliban“ bezeichnet. Aber wir können ja auf der anderen Seite nicht in Kauf nehmen, dass die Frauen auf der Strecke bleiben und verhungern oder an behandelbaren Krankheiten leiden (oder sterben). Da-

mit würden wir die entrechteten Frauen zusätzlich bestrafen.

Das ist eine Zwickmühle, aus der es kaum einen Ausweg gibt. Aber die internationale Gemeinschaft vertritt einen klaren Standpunkt: Unmissverständlich haben die Geberländer den Taliban klargemacht, dass humanitäre Arbeit nur funktioniert, wenn Frauen Teil davon sind. Wie das internationale Engagement in Afghanistan künftig aussieht, muss jetzt Gegenstand von Abstimmungen unter den Gebern sein. In der Entwicklungszusammenarbeit sind wir da schon weiter: Bundesministerin Svenja Schulze hat sich bereits klar geäußert – wir helfen weiter in der Not, allerdings nur wenn Frauen in Afghanistan bei dieser Hilfe mitarbeiten dürfen und davon auch profitieren.

Aus meiner Sicht wäre auch bei der humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes eine vollständige Aussetzung falsch. Am Zuge sind letztlich die Taliban. Ich habe von Nichtregierungsorganisationen erfahren, dass die Taliban selbst an „guidelines“ für Frauen in der humanitären Hilfe arbeiten, die sie in den nächsten Wochen veröffentlichen wollen. Wohin die Reise geht, kann ich noch nicht beurteilen. Ich hoffe sehr, dass es in Afghanistan nicht noch frauenverachtender wird als ohnehin schon.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Auch Bayern braucht endlich eine bessere Regierung

Während die SPD-geführte Bundesregierung und die Ampelkoalition im Bundestag wichtige Vorhaben für unser Land und Entlastungen für die Menschen voranbringen, fällt die bayerische Staatsregierung durch Blockaden und leere Versprechungen auf. Florian von Brunn hat bei Frankens Politischem Aschermittwoch in Zirndorf gezeigt, dass das auch besser geht.



Der Spitzenkandidat, Landes- und Fraktionsvorsitzende der BayernSPD, Florian von Brunn, bei Frankens Politischem Aschermittwoch in Zirndorf.

Um mehrere hundert Euro wurde jeder Mensch in Bayern inzwischen auf unterschiedlichen Wegen finanziell entlastet – von der SPD-geführten Bundesregierung. Die Bayerische Staatsregierung hat trotz aller Versprechungen bis heute kein Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Es ist das aktuellste Beispiel für das politische Versagen von CSU und FW in Bayern. Während wir in Berlin im Rekordtempo Entlastungen in Kraft setzen und Gesetze novellieren, um den Ausbau unserer Infrastruktur zu beschleunigen, Energiesicherheit zu schaffen, die Klimakrise zu bekämpfen und für bezahlbare Preise zu sorgen, herrscht in Bayern politischer Stillstand. Um die enormen Herausforderungen erfolgreich meistern zu können, brauchen wir aus der Bundespolitik aber auch in den Ländern verlässliche Partner.

Leider ist Bayern da beinahe ein Totalausfall. Die Söder-Regierung hat zur Wahl 2018 ein 365-Euro-Ticket für die Ballungsgebiete wie Nürnberg/Fürth/Erlangen versprochen. Das Versprechen wurde nicht nur nicht umgesetzt – das enorm erfolgreiche 9-Euro-Ticket der Bundesregierung, das in 3 Monaten 52 Millionen Mal verkauft wurde, wollte die Staatsregierung sogar im Bundesrat blockieren. Und auch die Einführung des 49-Euro-Deutschlandtickets hat sie mit allen Kräften verzögert.

Beim Aschermittwoch hat unser SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl Florian von Brunn dieses Versagen von CSU und FW mit klaren Worten auf den Punkt gebracht und die mediale Dauerselbstinszenierung kritisiert: „Lieber Herr Söder, weniger posen und posen! Und etwas mehr

an den echten Problemen arbeiten.“ Besonders spürbar ist die schwache Bilanz der bayerischen Energiepolitik: „In Brandenburg stehen 3.900 Windkraftanlagen. In Bayern sind es knapp 1.200. Bei uns in Bayern wird nicht viel Wind um Windkraft gemacht. Im letzten Jahr gerade mal 14 neue Windräder. Dafür, wie der Söder seine Backen aufbläst, ist diese Bilanz schon ein arg dünnes Lüftchen!“ Die Liste der leeren Versprechungen von Markus Söder lässt sich noch lange fortführen – vom Bäume umarmen wächst kein Wald und noch ist keine einzige der versprochenen Zehntausenden neuen Wohnungen gebaut!

Die SPD dagegen steht für eine Zukunft in Bayern mit sauberer und bezahlbarer Energie, gerechter Bildung, moderner Infrastruktur und einer guten Pflege- und Krankenhausversorgung. Deshalb unterstütze ich gerne Florian von Brunns Vorschlag: „Markus Söder wollte ja seine Amtszeit begrenzen. Lasst uns dieses gebrochene Versprechen von Söder selbst einlösen: Wir beenden seine Amtszeit am 8. Oktober bei der Landtagswahl. Und dann arbeiten wir hart für eine gute Zukunft und für soziale Politik in unserem Bayern!“ Hand in Hand mit der SPD-geführten Ampelkoalition im Bundestag.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5



SED-Unrecht besser und ehrlicher anerkennen

Wir möchten die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze anpassen. Warum das ein notwendiger Schritt, vor allem aber auch eine Frage des Respekts ist.

Am Dienstag haben wir als SPD-Fraktion ein Positionspapier zur weiteren Anpassung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze an die Bedürfnisse der Betroffenen beschlossen. Damit möchten wir den Kreis der offiziell anerkannten Opfergruppen an den Stand aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse anpassen – also um Dopingopfer, um Opfer von Zersetzungsmaßnahmen in Westdeutschland und Westberlin sowie um Opfer von Zwangsumsiedlungen ergänzen. Außerdem möchten wir einige Reformen zur Verbesserung der sozialen Lage der Betroffenen vornehmen. Und wir möchten endlich ein sinnvolles System zur Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden im Gesetz verankern: Ein Kausalzusammenhang beispielsweise zwischen Haft Erfahrungen unter dem SED-Regime und einem heutigen gesundheitlichen Symptom, wie er zur Anerkennung der Folgeschäden vorgeschrieben ist, lässt sich praktisch nicht beweisen. Wir müssen daher endlich von einem vermuteten Zusammenhang ausgehen, sobald die Hafterfahrung und die aktuellen Gesundheitsprobleme belegbar sind. Um es also kurz zu machen: Wir als Fraktion haben uns am Dienstag sehr klar positioniert. Das ist ein wichtiges Signal und das ist eine Frage des Respekts!

Ich möchte an dieser Stelle aber betonen: Reformen an den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen sind das eine. Sie

sind technisch und haben in der Folge große Auswirkungen auf das Leben und den Alltag der Betroffenen. Die Aufarbeitung der SED-Vergangenheit und der gelebte Respekt vor den Menschen sind aber eine Aufgabe die in der Verantwortung von uns allen liegt. Und das betone ich als junger, westdeutscher Abgeordneter mit besonderem Nachdruck.

2023 ist ein denkwürdiges Jubiläumsjahr: Im Jahr 1953 gingen die Menschen überall im Land in Massen auf die Straße, um gegen die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu demonstrieren. Am 17. Juni wurden diese Volksaufstände dann brutal von sowjetischen Truppen und dem SED-Regime niedergeschlagen. Mindestens 55 Menschen starben dabei und tausende wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Das Jahr 1953 markiert damit einen Wendepunkt in der Geschichte der DDR: Menschen, die davor noch ernsthaft für ein besseres System kämpfen wollten, wurden im wahrsten Sinne des Wortes von der Brutalität des Regimes überrollt. Sie zogen sich eher ins Private zurück, und spätestens mit dem Bau der Mauer acht Jahre später wurde die Hoffnung auf Veränderungen für lange Zeit erstickt. 1953 und damit auch das Jubiläum in diesem Jahr spielen insofern für Menschen eine große Rolle, die in der DDR gelebt haben.

Aber wer weiß in Westdeutschland schon von diesen Ereignissen? Für wen sind die Geschichten von sowjetischen Panzern in Ost-Berlin, Jena oder Leipzig mehr als eine Randnotiz im Geschichtsunterricht?

In Westdeutschland haben wir es uns nach meiner Ansicht in den letzten dreißig Jahren manchmal ein wenig leicht gemacht. Die DDR ist „dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten“, wie es im Einigungsvertrag so schön heißt. Wir hatten ein bisschen die Perspektive, unsere Geschwister aus Ostdeutschland kommen jetzt dazu, und dann ist alles gut. Quasi das berühmte Ende der Geschichte. Darüber haben wir aber leider oft vergessen, nachzufragen, uns die Geschichten der Geschwister aus Ostdeutschland anzuhören. Auf sie zuzugehen und gemeinsam Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Deshalb möchte ich sehr dafür werben, dass wir jetzt endlich damit beginnen, uns zu begegnen und uns zu unterhalten. Die Anpassungen an den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen sind dabei eher technisch. Aber sie sind eine wichtige Voraussetzung für eine Begegnung auf Augenhöhe. Denn erst mit der Anerkennung von Unrecht und Leid in der Vergangenheit ist so ein ehrlicher Dialog auf Augenhöhe möglich.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich



Kardiovaskuläre Ereignisse häufigste Todesursache

Ziel: 30 Prozent weniger Todesfälle bis 2030



LEONIE UHL / HERZ-HIRN ALLIANZ

Mit über 340.000 Todesfällen pro Jahr sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall und Herzinsuffizienz mit Abstand die häufigste Todesursache in Deutschland. Um das zu ändern, hat sich die Herz-Hirn Allianz – ein Zusammenschluss aus Patientenorganisationen, Krankenkassen und Industrievertretern - auf die Fahnen geschrieben, bis 2030 30

Prozent dieser Todesfälle zu vermeiden.

Auf dem Frühjahrstreffen der Herz-Hirn Allianz diskutierte ich mit verschiedenen Akteuren aus dem Gesundheitswesen, was die Politik zu diesem Ziel beitragen kann. Wichtig dabei ist, dass es nicht die eine Lösung gibt, sondern auf verschiedenen Ebenen gehandelt

werden muss. So muss auf der ersten Ebene ein gesunder Lebensstil gefördert werden. Das beinhaltet gesunde Ernährung (z.B. durch eine Zuckersteuer oder Werbeverbote für besonders ungesunde Lebensmittel, die auf Kinder abzielen), mehr Bewegung, Gesundheitserziehung und eine Nichtraucher- und Anti-Alkohol-Strategie. Auf zweiter Ebene gilt es, die Früherkennung zu verbessern z.B. durch die Finanzierung von flächendeckenden Angeboten zur Früherkennung. Und drittens geht es um die Förderung von Rehabilitationsmaßnahmen und Nachsorge.

Doch natürlich muss auch jeder auf sich selbst achten. So sollten alle Patienten über 50 Jahre die eigenen Risikofaktoren bestimmen und nach Möglichkeit reduzieren. Zu den beeinflussbaren Risikofaktoren zählen insbesondere: Bluthochdruck, Diabetes, erhöhtes Cholesterin und Rauchen.

Mehr Bäume für Erlangen

Es gibt gute Nachrichten für Erlangen! Die Stadt erhält vom Bund nach erfolgreicher Bewerbung Gelder in Höhe von 1.259.700 Euro für das Projekt „Grün findet innen statt“ und „Coole Bäume in der Fußgängerzone“. Hierdurch können wir uns bald auf mehr Bäume in der Erlanger Innenstadt und Drumherum freuen.

Die Gelder kommen aus dem Bun-

desprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“, das der Bundestag für den Haushalt 2022 festgelegt hat. Dieses Programm fördert Projekte, die beispielsweise den Klimaschutz und die Klimaanpassung fördern. Projekte wie dieses sind wichtig für unser Erlangen. Sie tragen nicht nur zur Verschönerung des Stadtbildes bei und spenden Schatten an heißen Sommertagen, sondern fördern

auch den Kampf gegen den Klimawandel, indem sie beispielsweise CO2 binden. Stadtplanung muss in diesen Zeiten neu gedacht werden. Und die Stadt Erlangen versteht dies voll und ganz. Projekte wie dieses halten unsere Stadt auf Dauer lebenswert.

Erlangen macht sich stark für urbanen Klimaschutz und geht als gutes Beispiel voran. Weiter so!